

Statement

von

Dr. Reinhard Dörfler  
Hauptgeschäftsführer  
des  
Bayerischen Industrie- und Handelskammertages

anlässlich

der  
Bayerischen Konjunkturpressekonferenz  
am 11. Februar 2008, 10:30 Uhr  
Clubraum

## **Wirtschaftliche Dynamik schwindet**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Stimmung der bayerischen Unternehmen kühlt sich zu Jahresbeginn 2008 leicht ab. Trotz sinkender Wachstumsraten bleibt der Aufschwung in Bayern intakt, denn immer noch blickt die Mehrheit der Unternehmen optimistisch auf die kommenden zwölf Monate. Allerdings nimmt die Verunsicherung über die wirtschaftliche Entwicklung zu. Damit wird die positive Dynamik auf dem bayerischen Arbeitsmarkt nachlassen und gleichzeitig die Investitionsbereitschaft der Unternehmen sinken. Dies sind die Ergebnisse der aktuellen BIHK-Konjunkturumfrage unter mehr als 3.000 Unternehmen.

Der BIHK-Index, der Lage und Erwartungen der Unternehmen in einem Wert zusammenfasst, ist seit seinem historischen Höchststand von 129 Punkten im Sommer 2007 über 123 Punkte im Herbst letzten Jahres nochmals leicht auf derzeit 121 Punkte gesunken. Hier

schlägt die etwas schlechtere Bewertung der aktuellen Lage durch.

Immer noch 40 % (42 %) der Unternehmen geht es gut. Der Anteil der Pessimisten erhöhte sich geringfügig auf 12 % (11 %). Insgesamt beurteilen alle Branchen die Lage verhaltener als im Herbst, wobei die Bauwirtschaft schon fast pessimistisch ist.

Für die kommenden Monate bleibt die bayerische Wirtschaft optimistisch: Wie im Herbst 2007 rechnet ein Viertel der befragten Unternehmen mit einer Fortsetzung des Aufwärtstrends, 10 % sind skeptisch.

Allerdings driften die Erwartungen der einzelnen Branchen auseinander. Insbesondere in den konsumnahen Bereichen, wie etwa dem Einzelhandel und der Ge- und Verbrauchs-güterindustrie, hat der Pessimismus deutlich zugenommen. Das legt den Schluss nahe, dass vom privaten Konsum in 2008 – entgegen zahlreicher Prognosen – keine spürbaren Impulse für die Konjunktur ausgehen werden.

## **Industrie kämpft mit sinkenden Aufträgen**

Die Skepsis bei den bayerischen Industrieunternehmen hat leicht zugenommen: 47 % (52 %) berichten von guten Geschäften in den vergangenen 6 Monaten, 10 % (8 %) sind unzufrieden. Seit Jahresbeginn 2007 sinkt das Auftragsvolumen sowohl aus dem Inland als auch im Exportgeschäft. Besonders betroffen ist die konsumnahe Ge- und Verbrauchsgüterindustrie.

Die Geschäftserwartungen differieren zwischen den einzelnen Industriesektoren. Während die Vorleistungsgüterproduzenten weiterhin einen stabilen Aufwärtstrend erwarten, rechnet die Ge- und Verbrauchsgüterindustrie vor allem im Inlandsgeschäft mit deutlichen Einschnitten.

## **Bauwirtschaft setzt auf Wirtschaftsbau**

In der Bauwirtschaft melden erstmals seit zwei Jahren wieder mehr Unternehmen eine schlechte als eine gute Geschäftslage. Grund ist das stark rückläufige Auftragsvolumen in den vergangenen 6 Monaten. Insbesondere im

privaten Wohnungsbau laufen die Geschäfte schlecht. Dies spiegeln auch die seit über einem Jahr rückläufigen Kreditzinsen für private Baufinanzierungen wider.

Trotzdem blicken die Bauunternehmen zuversichtlich auf die kommenden 12 Monate. Sie setzen ihre Hoffnungen vor allem auf die weitere Belebung des Wirtschaftsbaus. Ein Viertel der Unternehmen (18 %) rechnet in diesem Segment mit steigenden, nur noch 15 % (22 %) befürchten sinkende Auftrags-eingänge.

### **Zuversicht beim Großhandel wächst**

Die bayerischen Großhändler bewerten die aktuelle Geschäftslage – nach einem deutlichen Rückgang im Herbst 2007 – wieder etwas positiver, obwohl im Inlandsgeschäft die Umsätze geschrumpft sind.

Die Branche zeigt sich optimistischer als im Herbst 2007. Für die kommenden 12 Monate rechnen 23 % (22 %) der Großhändler mit einer positiven Geschäftsentwicklung, nur noch 14 % (18 %) sind skeptisch.

## **Einzelhandel kämpft mit sinkenden Umsätzen**

Im bayerischen Einzelhandel hat sich die Stimmung weiter eingetrübt. Die Umsätze sinken erneut: 41 % (37 %) der befragten Einzelhändler mussten geringere Umsätze hinnehmen, nur noch 27 % (33 %) konnten ihre Verkaufszahlen in den vergangenen sechs Monaten steigern.

Die Einzelhändler sehen keinen Lichtblick, zumal sie steigende Kosten aufgrund anziehender Lieferanten- und Großhandelspreise befürchten, die auf die Umsatzerwartungen drücken.

## **Dienstleister – Stimmungshoch setzt sich fort**

Die bayerischen Dienstleister bewerten die aktuelle Geschäftslage fast genauso positiv wie im Herbst 2007. Immer noch 48 % (50 %) der befragten Unternehmen bezeichnen die Geschäftslage der vergangenen sechs Monate

als gut, lediglich 5 % (6 %) sind unzufrieden. Die Lage stabilisiert sich auf hohem Niveau.

Ihre Geschäftserwartungen haben die Dienstleister nur leicht nach unten korrigiert. Die etwas gestiegene Unzufriedenheit der Branche ist auf die pessimistischeren Ertragsaussichten zurückzuführen.

### **Investitionen – Unternehmen drosseln Tempo**

Die Investitionsbereitschaft der bayerischen Wirtschaft hat sich per Saldo gegenüber Herbst 2007 halbiert. Nur noch 26 % (28 %) der Unternehmen wollen ihre Investitionen in den kommenden 12 Monaten ausweiten, 20 % (16 %) planen eine Kürzung ihrer Investitions-etats. Verantwortlich dafür ist zum einen die weiter gestiegene Verunsicherung der Unternehmen über die mittelfristige Wirtschaftsentwicklung, zum anderen die Vorzieheffekte in 2007 aufgrund des Wegfalls der degressiven Abschreibung ab 2008.

Die Subprime-Krise und die Turbulenzen an Finanzmärkten hingegen beeinflussten zu-

mindest bis Mitte Januar 2008, als die aktuelle Befragung geschlossen wurde, die Investitionsplanungen der bayerischen Unternehmen nur wenig. Für 69 % der befragten Betriebe haben sich die Kreditkonditionen nicht verändert. Zwar beklagen 15 % eine restriktivere Kreditvergabe durch die Hausbanken, zugleich haben sich für 11 % der Unternehmen die Kreditkonditionen jedoch verbessert. Offensichtlich bewerten die Banken die Kreditrisiken sehr differenziert. Auch die Bundesbank bestätigt, dass sich die Kreditstandards im Firmenkundengeschäft nur leicht verschärft haben. Eine Ausnahme bilden Großkredite.

### **Dynamik auf dem Arbeitsmarkt lässt nach**

Auch die Einstellungsbereitschaft der Wirtschaft hat unter den gestiegenen konjunkturellen Unsicherheiten gelitten, ist aber immer noch vorhanden. Weiterhin 19 % (19 %) der Firmen wollen neue Mitarbeiter einstellen, 13 % (11 %) rechnen jedoch mit Personalabbau. Per Saldo wollen in Bayern immer noch mehr Unternehmen Mitarbeiter einstellen als entlassen. Die Arbeitslosigkeit im Freistaat

wird daher auch in 2008 zurückgehen. Die Anzahl der neu geschaffenen Jobs und die Dynamik auf dem bayerischen Arbeitsmarkt wird aber spürbar zurückgehen.

### **Oberbayern – Abweichungen vom bayerischen Trend**

Die oberbayerischen Industrieunternehmen haben ihre Beschäftigungspläne deutlicher nach unten korrigiert als der bayerische Durchschnitt. Per Saldo schreibt die Industrie in Oberbayern bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze nur noch eine „schwarze Null“. Zudem bewerten die Unternehmen in der oberbayerischen Ge- und Verbrauchsgüterindustrie nicht nur die Lage deutlich schlechter als der bayerische Branchendurchschnitt, sie blicken auch erheblich pessimistischer in die Zukunft. Grund dafür sind die trüben Aussichten im Inlandsgeschäft.

Dagegen berichten im oberbayerischen Dienstleistungssektor deutlich mehr Unternehmen von einer positiven Geschäftslage als im bayerischen Durchschnitt.

Oberbayern gibt traditionell die Richtung für die gesamtbayerische Wirtschaftsentwicklung vor. Damit verdichten sich die Hinweise, dass auch in Bayern die Dynamik auf dem Arbeitsmarkt nachlassen wird und weitere Umsatzrückgänge in den konsumnahen Branchen zu befürchten sind.

## **Fazit**

Die bayerische Wirtschaft wird auch in 2008 weiter wachsen. Trotzdem wird sich die wirtschaftliche Dynamik im Vergleich zu 2007 im Freistaat abschwächen.

Die weitere konjunkturelle Entwicklung in Bayern hängt dabei vor allem von zwei Faktoren ab:

Einerseits gehen von den internationalen Finanzmärkten auch weiterhin hohe Risiken aus. So können die im Bankensektor immer noch nicht aufgearbeiteten Probleme die Kreditkosten in die Höhe treiben. Auch das psychologische Moment abstürzender Börsenkurse auf die Investitionsbereitschaft der

Unternehmen muss berücksichtigt werden. Hier werden erst die kommenden Monate Klarheit bringen, wenn das komplette Ausmaß der faulen Immobilienkredite sukzessive in den Bilanzen der Kreditinstitute erkennbar wird.

Zweitens wird eine Rezession der US-Wirtschaft immer wahrscheinlicher. Die bayerische Wirtschaft konnte die Abhängigkeit vom amerikanischen Markt zwar durch die Erschließung neuer Absatzgebiete verringern. Dennoch werden sich insbesondere die klassischen Exportbranchen in Bayern, wie etwa die Automobilindustrie, dem Sog einbrechender Wachstumszahlen in den USA nicht vollständig entziehen können. Damit könnte der Export immer weniger die Rolle einer Konjunkturlokomotive übernehmen.

Um den Aufschwung zu stabilisieren, müsste daher vor allem der private Konsum die deutsche Binnennachfrage stärken. Hier ist es an der Politik, nicht nur das Richtige zu tun, sondern vor allem auch das Falsche zu unterlassen. Aber gerade ökonomische Irrwege bestimmen die aktuelle politische Diskussion.

## **Ein kräftiger Schluck aus der Lohnpulle**

Von Seiten der Gewerkschaften werden die guten Gewinne der Unternehmen in der Vergangenheit und die steigenden Preise bei Nahrungsmitteln, Energie und Mobilität als Begründung für einen kräftigen Schluck aus der Lohnpulle in den anstehenden Tarifverhandlungen herangezogen.

Die Unternehmen aber werden versuchen, steigende Lohnkosten vor allem in Form von Preiserhöhungen an ihre Kunden weiterzureichen. Damit heizen kräftige Lohnsteigerungen vor allem die Inflationsgefahr weiter an.

Die Europäische Zentralbank (EZB) warnt bereits jetzt vor diesen sogenannten Zweit-rundeneffekten und hat angekündigt, übermäßigen Lohnsteigerungen mit entsprechenden geldpolitischen Maßnahmen gegensteuern zu wollen. Darüber hinaus würden Lohnsteigerungen von acht und mehr Prozent, wie von den Gewerkschaften medienwirksam eingefordert, die mühsam erarbeiteten Wettbewerbsvorteile der deutschen

Wirtschaft auf den Weltmärkten zunichte machen.

Zur Erinnerung: Nach einer Berechnung der OECD hat sich die internationale Wettbewerbsposition Deutschlands zwischen 1991 und 1996 aufgrund deutlich gestiegener Lohnstückkosten erheblich verschlechtert. Die deutschen Exporteure mussten deswegen Marktanteilsverluste von fast 16 % hinnehmen. Die moderaten Lohnentwicklungen der vergangenen drei Jahre haben dazu beigetragen, dass die verlorenen Weltmarktanteile zurückerobert werden konnten.

Sollten die Gewerkschaften den moderaten lohnpolitischen Kurs der vergangenen Jahre verlassen, sind eine zunehmende Automatisierung von einfachen manuellen Tätigkeiten sowie die weitere Verlagerung von Produktionsteilen in das deutlich günstigere – vor allem osteuropäische – Ausland zu erwarten. Dies gilt umso mehr, als Deutschland immer noch das zweithöchste Lohnstückkostenniveau unter den weltweit wichtigsten Industrienationen besitzt.

## **Mindestlöhne gefährden Beschäftigungserfolge**

Auch die flächendeckende Einführung von Mindestlöhnen würde Arbeitsplätze gefährden. Liegen Mindestlöhne unterhalb des Marktlohnes, also der Produktivität, sind sie unwirksam. Liegen sie über dieser Grenze, so vernichten sie Arbeitsplätze. In Deutschland würde dies vor allem Frauen, Ostdeutschen, Geringqualifizierten und kleinen Unternehmen erheblich schaden.

Die Befürworter eines Mindestlohns verweisen zwar gerne auf die scheinbar guten Erfahrungen unserer europäischen Nachbarn mit staatlichen Lohnuntergrenzen. Zugleich werden aber die dort geltenden Ausnahmeregelungen verschwiegen. Beispiel Frankreich: Dort gilt der Mindestlohn weder für Jugendliche unter 18 Jahren, noch für Behinderte und auch nicht für die Berufsgruppen der Hausmeister, Portiers, Heimarbeiter, Kindermädchen, die Beschäftigten in der Gastronomie etc. Wäre der Mindestlohn ein solcher Segen für die Arbeitnehmer – warum existieren dann diese Ausnahmen?

In der Mindestlohndebatte verwundert vor allem die Haltung der Gewerkschaften. Mit der geplanten Novellierung des Mindestarbeitsbedingungsgesetzes von 1952 sollen auch diejenigen Branchen in den Genuss eines staatlichen Lohndiktats kommen, die etwa aufgrund unterschiedlicher Tarifverträge innerhalb einer Branche nicht in das Entsendegesetz aufgenommen werden können.

Nach den bisherigen Planungen bekäme der Arbeitsminister das Recht zugestanden, via Rechtsverordnung die Löhne nach eigenem Gutdünken festzulegen. Die Tarifautonomie, die in Deutschland für einen vernünftigen Ausgleich von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen steht, würde so auf dem Altar einer falsch verstandenen sozialen Gerechtigkeit geopfert.

Mindestlöhne bergen zudem eine weitere große Gefahr: Sie werden zum Spielball wahltaktischer Maßnahmen der Politik. Das Beispiel Frankreich belegt dies in beeindruckender Klarheit. So ist es in unserem Nachbarland zu einem ungeschriebenen

Gesetz geworden, dass der Gewinner der Präsidentschaftswahlen die Mindestlöhne kräftig erhöht – zusätzlich zu den ohnehin jährlich anstehenden Steigerungen. Als der frisch gewählte Präsident Sarkozy eine weitere Anhebung des Mindestlohns jedoch mit dem Hinweis auf die hohe Arbeitslosigkeit ablehnte, war die öffentliche Empörung groß. Es bleibt daher abzuwarten, ob dieser Sieg der ökonomischen Vernunft von Dauer ist. Auch in Deutschland ist zu befürchten, dass sich ein solcher politisch motivierter Automatismus zu immer höheren Mindestlöhnen etabliert.

### **Niedrigere Lohnnebenkosten**

Die Politik sollte endlich die bereits im Koalitionsvertrag vereinbarte nachhaltige Senkung der Lohnnebenkosten in Angriff nehmen.

Bereits heute ist absehbar, dass die Ausgaben der Sozialversicherung – trotz guter Konjunktur und sprudelnder Einnahmen – in 2008 wieder aus dem Ruder laufen. So gelten in der gesetzlichen Krankenversicherung Beitragssteigerungen als ausgemacht. Und auch in der

Pflegeversicherung besteht ein eklatantes Missverhältnis zwischen Ausgaben und Einnahmen.

Die jüngst beschlossene längere Bezugsdauer von Arbeitslosengeld (ALG) I für ältere Arbeitnehmer zeigt deutlich die verfehlte Sozialpolitik der Regierungskoalition in Berlin. Als wichtiger Beitrag zu sozialer Gerechtigkeit gefeiert, wird das Resultat dieser Maßnahme lediglich ein erneuter Anstieg bei der Arbeitslosigkeit der über 55-Jährigen sein – erneut steigende Beitragssätze in der Arbeitslosenversicherung inbegriffen.

Vor diesem Hintergrund erscheint das von Bildungsministerin Schawan aufgelegte Förderprogramm zur Berufsausbildung in einfachen Tätigkeiten wie blanke Ironie: Die Arbeitsmarktpolitik setzt derzeit alles daran, eben diese Jobs mit zusätzlichen Kosten zu belegen und damit weitere Arbeitsplätze aus Deutschland zu vertreiben.